



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2018

Es gibt kein Recht auf Krieg

Diggelmann, Oliver

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-159643>
Newspaper Article

Originally published at:

Diggelmann, Oliver. Es gibt kein Recht auf Krieg. In: Neue Zürcher Zeitung, 29 March 2018, 43.

Das Irritierendste am Völkerrecht vor dem Ersten Weltkrieg war das «Recht der Staaten zum Krieg». Es war Teil einer internationalen Ordnung, die aus den Konfessionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts hervorgegangen war. Die Logik hinter diesem «Recht zum Krieg» war: Wenn Krieg nicht illegal ist, bleibt der einzelne Krieg Sache der Beteiligten. Das barbarisch anmutende Recht folgte der Idee der Konflikteindämmung. Dritte sollten, anders als während der verheerenden Konfessionskriege, nicht hineingezogen werden. Der Erste Weltkrieg mit seinen 17 Millionen Opfern bedeutete, dass diese Logik an ihr Ende kam.

Das 2017 erschienene Buch «The Internationalists» der Yale-Professoren Oona Hathaway und Scott Shapiro befasst sich mit der Überwindung des «Rechts zum Krieg». Schwerpunkt ist das gute Vierteljahrhundert zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Entstehung der Uno. Bereits die Völkerbundsatzung schränkte das Recht zum Krieg erstmals ein. Sie definierte vier Situationen, in denen Krieg fortan eine Völkerrechtsverletzung darstellte. Friedensgefährdende Spannungen mussten beispielsweise einem Schiedsgericht oder dem Völkerbundrat unterbreitet werden. Scheiterte die Vermittlung, sollte Gewaltanwendung erst nach drei Monaten wieder legal sein. Man setzte vorerst auf Abkühlung. Mit dem sogenannten Genfer Protokoll schlug 1924 ein erster Versuch fehl, im Rahmen des Völkerbunds Krieg generell zu verbieten. Grossbritannien, das um die Vorteile aufgrund seiner Überlegenheit auf See fürchtete, stellte sich quer.

Keine Fussnote der Geschichte

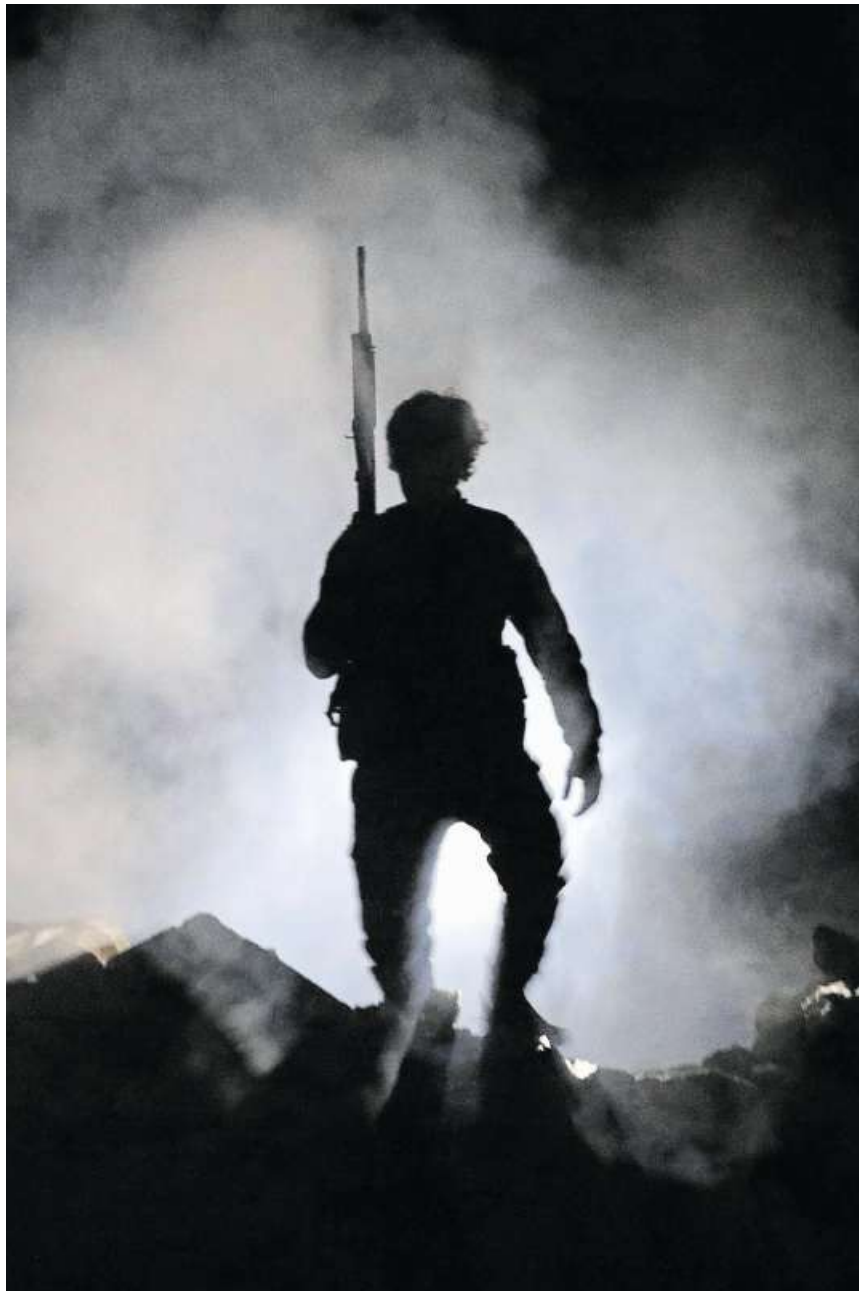
1928 kam es zum Abschluss eines Kriegsächtungspaktes. Bis 1934 traten ihm 63 Staaten bei – fast alle Staaten der damaligen Welt. Der Pakt verbot Krieg als Mittel der nationalen Politik. Sprachlich schloss dies bewusst an Carl von Clausewitz' berühmte Formulierung an, Krieg sei die «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln». Initiiert wurde der Pakt, dem Hathaway und Shapiro den Status einer Zeitenwende zubilligen, von den damaligen Aussenministern Frankreichs und der USA. Er wird deshalb auch als Briand-Kellogg-Pakt bezeichnet. Frankreich hatte ursprünglich einen bilateralen Pakt mit den USA avisiert. Davon erhoffte es sich Stabilität und Unterstützung in Europa. Der Vertrag wurde dann aber auf amerikanisches Betreiben hin als multilateraler Vertrag zur Zeichnung aufgelegt, weil die USA nicht in europäische Konflikte hineingezogen werden wollten.

Der Pakt ist bis heute kaum bekannt. Die geringe Aufmerksamkeit hat vor allem mit den grossen internationalen Krisen zu tun, die bald darauf einsetzten.

Es gibt kein Recht auf Krieg

Ein Pakt ächtete 1928 erstmals den Krieg als Mittel nationaler Politik. Zwei Harvard-Professoren deuten ihn als Schwelle zwischen alter und neuer Weltordnung.

Von Oliver Diggelmann



Krieg als Mittel der Politik zu verbieten, ist nicht so leicht.

KHALIL ASHAWI / REUTERS

Japan unterwarf 1931 die chinesische Provinz Mandschurei und versuchte einen Vasallenstaat einzurichten, der aber nicht anerkannt wurde. Italien eroberte 1936 Äthiopien. Der Niedergang des Völkerbunds beschleunigte sich. Der Briand-Kellogg-Pakt erscheint im Rückblick, wie die «Appeasement»-Politik des britischen Premierministers Neville Chamberlain 1938, als eines der vielen Zeugnisse der Naivität in jenen Jahren. Ein Grund für das bescheidene Interesse am Pakt ist auch, dass die Uno-Charta 1945 nicht nur eine neue Organisation für die Friedenswahrung schuf, nicht nur den Krieg an sich, sondern auch die Androhung von Gewalt ächtete. Damit gingen die Vereinten Nationen über den Kriegsächtungspakt weit hinaus. Der Briand-Kellogg-Pakt wurde zur Fussnote der Geschichte.

Fundamentalregel aller Politik

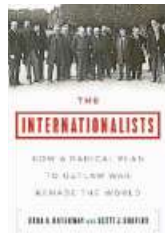
Hathaway und Shapiro wollen dies ändern. Sie erzählen die Geschichte des Kriegsächtungspaktes neu, beleuchten auf anschauliche Weise Vor- und Entstehungsgeschichte dieses völkerrechtlichen Vertrages. Weitgehend unbekannt ist etwa, dass er zum grossen Teil auf Impulse aus der Zivilgesellschaft zurückging. Insbesondere der geschickte Einsatz des amerikanischen Wirtschaftsjuristen Salomon Levinson, der mit dem ihn beratenden Philosophen John Dewey befreundet war, und des an der Columbia-Universität lehrenden kanadisch-amerikanischen Historikers James Shotwell spielte eine bedeutende Rolle. Levinson und Shotwell verfügten über Verbindungen zur amerikanischen Regierung. Sie lobbyierten hartnäckig, wenn auch keineswegs miteinander, für ihr Anliegen, und sie hatten in entscheidenden Momenten Glück. Hathaway und Shapiro verstehen es, das Ringen um den Pakt lebendig werden zu lassen. Hoffnungen, Enttäuschungen, kleinen und grossen Menschlichkeiten sowie den Launen individueller Schicksale wird viel Platz eingeräumt. Licht wird auch auf die Bedeutung des Paktes in den Krisen der 1930er Jahre geworfen. Er spielte in diesen eine wichtigere Rolle, als man angesichts der zeitlichen Nähe des Zweiten Weltkrieges im Rückblick annehmen könnte.

Den Autoren geht es aber um mehr als nur die Entstehungsgeschichte des Pakts. Sie deuten ihn als Epochen-schwelle und Ursache der Entstehung einer «neuen Weltordnung», in der wir bis heute leben. Sie machen ihn zum Ereignis, mit dem die «alte Weltordnung» in ihr Auflösungsstadium tritt und die neue angelegt wird. Der Völkerbund erscheint bei ihnen, entgegen gängiger Lesart, nicht als gescheiterter erster Versuch, eine Organisation für kollektive Sicherheit zu errichten. Er ist für sie Teil der «alten Weltordnung». Für Hathaway

und Shapiro ruht er noch auf dem Fundamentalprinzip von Krieg und Gewalt. Das ist bemerkenswert, weil sich die Grundarchitektur der Uno an jener des Völkerbunds orientierte, dessen Mängel sie im Rahmen des Möglichen zu vermeiden suchte. Die Uno schuf nach Hathaway und Shapiro die notwendige Infrastruktur, um das 1928 Begonnene zu realisieren. Hauptargument der Autoren ist, dass die Zahl zwischenstaatlicher Kriege erst nach dem Zweiten Weltkrieg massiv zurückging. Sie heben auch hervor, dass die meisten Eroberungen der späten Zwischenkriegszeit, nach 1928, nicht anerkannt wurden. In vielen Fällen wurden sie später ganz oder teilweise rückgängig gemacht.

Das Buch ist im Guten wie Kritikwürdigen sehr amerikanisch. Die Autoren suchen mit grosser Entschlossenheit die steile These. Die Einteilung der neuzeitlichen Geschichte in eine fortschrittliche Periode der «neuen Weltordnung» mit Kriegsverbot ab 1928 und eine rückständige von Krieg und Gewalt zuvor ist grob – zu grob. Sie macht die Autoren bei manchem angeschnittenen Thema zu Gefangenen ihrer Erzählung. Was nicht hineinpasst, wird übergangen. Stabilität und Friedensbemühungen in der alten Ordnung etwa interessieren sie wenig, es wird vielmehr das Rohe in allen Farben beschrieben. Dieselbe Einseitigkeit ist etwa auch bei der Frage festzustellen, welche Faktoren ausser dem völkerrechtlichen Kriegsverbot zum Rückgang zwischenstaatlicher Gewaltkonflikte beigetragen haben könnten. Die Thematik ist komplex.

Mit Sicherheit spielten auch die nukleare Bedrohung, die Kriegsaversion «postheroischer» Demokratien und die mit der Entwicklung der Militärtechnik zusehends katastrophale ökonomische Bilanz von Kriegen eine Rolle. Der «Geist von Genf» der frühen Völkerbundjahre kommt in dem Buch nicht vor. So entsteht bei der Lektüre nicht selten der Eindruck, dass der eingängigen Grosserzählung zu viel geopfert wurde. Das Buch ist dennoch wertvoll. Es beleuchtet die Vorgeschichte des Paktes in der Zwischenkriegszeit und seine Rolle in den Krisen der 1930er Jahre im Detail und kenntnisreich, erschliesst bisher nicht bekannte Quellen. Hochinteressant sind auch die Ausführungen zu den Bemühungen, Eroberungen nach 1928 ohne Gewaltanwendung mit Sanktionen zu belegen. Nicht zuletzt: Amerikaner wissen zu unterhalten.



Oona A. Hathaway, Scott J. Shapiro: **The Internationalists.** Verlag Simon & Schuster, New York 2017. 581 S., Fr. 39.–.

Es lebe der Zufall

Ist die Leistungsgesellschaft ein Mythos?

tbm. · Bill Gates hatte als einer von weltweit wenigen Schülern Zugang zum damals führenden Time-Sharing-Terminal für Computer. Andernfalls wäre er vielleicht niemals Software-Millionär geworden. Bryan Cranston war ein Nebendarsteller, der ohne die Absage von arrivierten Schauspielern wie Matthew Broderick und John Cusack niemals zum Star der erfolgreichen Fernsehserie Breaking Bad avanciert wäre. So beschreibt es der New York Times-Kolumnist Robert H. Frank in seinem Buch «Ohne Glück kein Erfolg».

Ursprünglich sollte das Werk den Untertitel «A personal perspective» tragen. Der Autor widmet fast ein ganzes Kapitel seinem von glücklichen Zufällen geprägten Weg zum Professor der Elite-Universität Cornell und verweist auch sonst gerne auf den eigenen Lebensweg. Dadurch wirkt das Buch authentisch. Robert Frank schreibt über etwas, womit er sich offensichtlich auskennt. Doch neben den autobiografischen Zügen und dem Aufzeigen prominenter Einzelfälle, erhebt das Buch auch einen sachlichen Anspruch: Es möchte wissenschaftliche Erkenntnisse aufzeigen, welche die

These stützen, dass erfolgreiche Menschen den Anteil des Glücks am eigenen Erfolg herunterspielen. «Meine Argumente haben nur wenige bewegliche Teile und keines der Fundamente, auf denen sie beruhen, ist umstritten», schreibt der Verfasser im Vorwort und attestiert sich damit selbst, den Anspruch auf Sachlichkeit erfüllt zu haben. Die Argumente mögen valide sein, überraschend sind sie nicht. Über viele Seiten erläutert der Autor, dass Winner-take-all-Märkte den Einfluss des glücklichen Zufalls verstärken, da sich die Renditen auf immer weniger Spitzenkräfte verteilen. Der Text wirkt abschnittsweise wie eine auf Buchlänge gestreckte «New York Times»-Kolumne, dessen Erfolg auch Glück zu verdanken sein dürfte.



Robert H. Frank: **Ohne Glück kein Erfolg.** Verlag DTV, München 2018. 224 S., Fr. 29.90.

Die SPD unter dem Seziermesser

Peer Steinbrück analysiert das Elend der deutschen Sozialdemokratie

MARKUS ZIENER

Wer knietief im Schlamassel steckt, der hat in der Regel zwei Optionen: Er kann die Augen schliessen und auf bessere Zeiten hoffen. Oder er kann schonungslos seine Lage analysieren und sich am Ende selbst aus dem Sumpf ziehen. Die deutsche Sozialdemokratie ist in einer solchen Situation. Und Peer Steinbrück, einst Finanzminister und Kanzlerkandidat, hat Sorge, dass es sich seine SPD leichtmachen könnte. Dass sie auf das setzt, was er einen «Paternostereffekt» nennt: Warten, bis Angela Merkel weg ist, um dann mit einer Pendelbewegung in der Gunst der Bevölkerung wieder nach oben zu fahren. Und bis dies so weit ist, überwintert die SPD bequem in der grossen Koalition.

Weil Steinbrück nicht glaubt, dass diese Überlebensstrategie funktioniert, hat er nun in einem Buch über das «Elend der Sozialdemokratie», so auch der Titel, geschrieben. Über weite Strecken schmerzt das, was Steinbrück darin analysiert. Denn die Fülle der Probleme, denen sich die bald 155 Jahre alte Partei gegenüber sieht, ist schier erdrückend:

Die angestammten Wähler aus der Arbeiterschaft gehen verloren, weil das traditionelle Milieu verschwindet. Die Sozialdemokratisierung der Union nimmt der SPD ebenfalls seit Jahren die Themen weg. Und mit der Linkspartei und den Grünen haben sich zwei Parteien etabliert, die den Mitte-links-Kuchen noch zusätzlich kannibalisieren.

So weit, so schlecht. Doch den Kern für die Existenzkrise der Sozialdemokratie macht Steinbrück an anderer Stelle aus. Das Dilemma von Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten der SPD sei stets, dass diese, um die Geschlossenheit der Partei nicht zu gefährden, zahlreiche Minderheitsthemen vertreten müssten. Themen, die einem in der Mitte angesiedelten SPD-Sympathisanten kaum noch vermittelbar seien.

Doch die Addition von Minderheitsanliegen, so berechtigt sie seien, ergebe eben keine Mehrheit, argumentiert Steinbrück. Im Ergebnis vergrössere sich die Kluft «zwischen dem Zeitgespräch innerhalb der Partei und dem Zeitgespräch in der Gesellschaft», schreibt der Sozialdemokrat. Mit anderen Worten: Die SPD verliert die Bodenhaftung.

Auf wenig Begeisterung dürfte dabei Steinbrücks Verdikt stossen, dass diese seiner Meinung nach falsche Orientierung einem zu starken Einfluss eines «akademischen linksliberalen Milieus» in der deutschen Sozialdemokratie zu verdanken sei. Die Konsequenz davon: Eine schweigende Mehrheit wende sich von der Partei ab, verlasse das Politische oder suche sich andere Adressen. Gemeint: die AfD. Steinbrück schreibt, wie er spricht: pointiert, schwungvoll, ohne Umschweife. Was er zu sagen hat, wird vielen nicht gefallen. Aber gerade deshalb ist das Buch wichtig. Wer daher die knapp 200 Seiten als unziemliche Nestbeschmutzung abtut, der macht es sich zu leicht – und wird der Sozialdemokratie nicht helfen.



Peer Steinbrück: **Das Elend der Sozialdemokratie.** Verlag C. H. Beck, München 2018. 189 S., Fr. 24.90.